

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 24/15-19) des Beirates Woltmershausen
am Mittwoch, den 26. April 2017,

im Gemeinderaum der Evangelischen Freikirche, Woltmershauser Straße 298, 28197 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Ende: Uhr 22.35 Uhr

Anwesend:

Karin Bohle-Lawrenz
Marita Dilly
Mazlum Koc
Anja Leibing

Hermann Lühning
Holger Meier
Thomas Plönnigs
Anja Schiemann

Waldemar Seidler
Heidelinde Topf
Edith Wangenheim

Fehlend: Nina Schaardt (e)

Weiter anwesend: Hr. Schilling (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr/SUBV), Hr. Dawedeit (Bauherren), Fr. Renneke (instara Planungsbüro, alle zu Top 3); Vertreter_innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Christoph Eggers (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Die Beiratssprecherin bittet unter Top 5 um Ergänzung um einen weiteren Globalmittel-/Initiativantrag für die Standgebühr für den Beirat auf der Gewerbeschau „Mein Pusdorf“.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der vorgeschlagenen Ergänzung genehmigt. (einstimmig).

Top 2 – Bürger_innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger weist auf eine Hecke im Mühlenhauser Weg hin, die dringend geschnitten werden müsse. Das Ortsamt wird um Weitergabe an die zuständigen Stellen gebeten.

Ein Bürger kritisiert, dass der Beirat offenbar beabsichtige, Globalmittel für Standgebühren auf der Gewerbeschau zu verwenden. Seiner Meinung nach können dem Beirat insoweit keine Kosten berechnet werden, offensichtlich würden hier öffentliche Gelder verschwendet.

Die Vorsitzende weist dies unter Hinweis auf die regulären Abläufe bei der Globalmittelvergabe und –abrechnung zurück; sofern die Mittel, wie von dem Bürger vorgetragen, wirklich nicht benötigt würden, stünden sie dem Stadtteil selbst bei einer heutigen Bewilligung anschließend wieder zur Verfügung.

Top 3 – Vorhaben- und Erschließungsplan 127 „Kita Pustebume“, Stellungnahme des Beirates

Herr Plönnigs erklärt sich zu dem TOP für befassen und nimmt für die Dauer der Befassung dieses TOP im Zuschauerbereich Platz.

Die SPD-Fraktion beantragt, auch für Frau Topf ein Mitwirkungsverbot gem. § 20 Ortsbeirätegesetz festzustellen, da ihr Sohn als bisheriger Nutzer des Geländes und Anlieger unmittelbare wirtschaftliche Vor- oder Nachteile durch die heute zu beratenden Planungen haben könne.

Ein Vertreter der Bauherren berichtet, dass Herrn Topf jun. die bestehende Nutzungsvereinbarung gekündigt worden ist und es diesbezüglich noch Klärungsbedarf zwischen den Beteiligten gebe..

Die Vorsitzende verliest die Vorschriften des § 20 Abs. 1 + 3 Ortsbeirätegesetz und lässt sodann gem. § 20 (3) OBG über das Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes abstimmen (*Fr. Topf nimmt an der Abstimmung nicht teil*).

Ergebnis:

5 Ja- und 5 Nein-Stimmen, damit hat der Beirat das Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes nicht beschlossen. Fr. Topf nimmt als stimmberechtigtes Beiratsmitglied an den weiteren Beratungen zu dem TOP teil.

Die Vertreterin des Planungsbüros stellt den Vorhaben- und Erschließungsplan (V+E-Plan) 127 anhand einer Bildschirmpräsentation vor und erläutert ihn.

Zu der Behauptung eines Bürgers, dass die Unterlagen einen falschen Plan für das Gebiet enthalten, stellt sie fest, dass die vorgelegte Planzeichnung maßgeblich ist, nicht die in der Begründung enthaltene Lageskizze.

Mehrere Beiratsmitglieder und Bürger_innen erkundigen sich wegen der im Planentwurf festgesetzten Solaranlagen: sie befürchten insbesondere zusätzliche Verschattungen auf den anliegenden Grundstücken. Dazu teilt der Vertreter von SUBV mit, dass die Möglichkeit eines späteren Aufbaus von Solaranlagen inzwischen generell in neue Bebauungspläne aufgenommen werde, unabhängig davon, ob diese tatsächlich konkret geplant seien.

Zu der Frage aus dem Beirat, ob die im V+E-Plan genannte maximale Gebäudehöhe von 7,60 m durch die Aufstellung einer Solaranlage überschritten werden könnte, erklärt er, dass der aktuelle V+E-Plan mit der angegebenen Gesamthöhe Bestandteil des Abstimmungsverfahrens ist. Für die Aufstellung von Solaranlagen sei später ein Bauantragsverfahren erforderlich.

Ein CDU-Vertreter kritisiert, dass die Flurkarte im Hinblick auf die Darstellung der Grenzbebauung falsch sei und diese neu zu erstellen sind.

Dazu weist der Vertreter von SUBV darauf hin, dass der jeweilige Eigentümer verpflichtet ist, Bauten auf seinem Grundstück einmessen zu lassen.

Mehrere Beiratsmitglieder und Bürger_innen kritisieren, dass die geplante Feuerwehrezufahrt nicht den nötigen Anforderungen entspreche.

Dazu erläutert der Vertreter von SUBV, dass die Feuerwehr bereits im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für den V+E-Plan als sogenannter Träger öffentlicher Belange (TÖB) einbezogen worden sei – und aus ihrer fachlichen Sicht keine Einwände geäußert habe. Außerdem könne aber davon ausgegangen werden, dass im Baugenehmigungsverfahren alle notwendigen Aspekte des Brandschutzes für die vorgesehene Einrichtung geprüft würden. Dies sei zwingende Voraussetzung sowohl für eine Baugenehmigung als auch für eine Betriebserlaubnis.

Ferner wurden sowohl aus dem Beirat als auch aus dem Publikum die erwarteten Verkehrsbelastungen kritisch hervorgehoben: Die bisher geplanten Stellplätze sowohl für Mitarbeitende der Kita als auch für das Bringen und Abholen der Kinder seien viel zu knapp bemessen, zumal davon auszugehen sei, dass viele Eltern ihre Kinder nicht nur „abliefern“, sondern in die Kita begleiten würden. Ein Verkehrschaos sei bereits jetzt absehbar. Dazu erklären die Planer, dass zum einen bereits Vorschläge seitens des ASV (Amt für Straßen und Verkehr) für Kurzzeitparkplätze auf der Woltmershauser Straße vorliegen und im übrigen auch zu diesem Thema im Rahmen der Baugenehmigung bei Bedarf noch weitere Maßnahmen vorgesehen werden können.

Der Sprecher der CDU-Beiratsfraktion verliest eine Erklärung, warum seine Fraktion eine Kita an diesem Standort ablehnt (→ Anlage 1).

Die Vertreterin der FDP verweist außerdem u.a. auf von ihr vorgeschlagene mögliche alternative Standorte, die offenbar leider noch nicht richtig geprüft worden seien.

Ein SPD-Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, zugleich Mitglied der Baudeputation, erläutert, warum sich die Deputation einstimmig (bei wenigen Enthaltungen) für die Aufstellung dieses V+E-Planes entschieden habe. Der Neubau der geplanten Kita wäre ein gutes Signal für mehr Kindertagesbetreuung im Stadtteil.

Ein Mitglied der SPD-Beiratsfraktion stellt einen Beschlussvorschlag ihrer Fraktion zu dem vorgelegten Plan vor und erläutert einige Ergänzungen aufgrund der vorangegangenen Diskussion (→ Anlage 2).

Der Sprecher der CDU-Beiratsfraktion zieht den am 27.03.17 eingebrachten Antrag von CDU, FDP + BIW zurück (→ Anlage zum Protokoll der Sitzung vom 27.03.2017).

Der Vertreter der Linken begründet seine Ablehnung des SPD-Antrages damit, dass er ein Signal an die Bremische Bürgerschaft senden und auf Versäumnisse bei der Schaffung von Kita-Plätzen hinweisen wolle.

Auf Nachfrage aus dem Gremium zum weiteren Verfahren erläutert die Vertreterin des Planungsbüros, dass alle Stellungnahmen, die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und von den TÖB eingehen, für die weitere Planung bewertet werden müssten. Danach könne die Deputation über den V+E-Plan entscheiden, der Grundlage und Voraussetzung für eine Baugenehmigung sei.

Abstimmung zu dem Beschlussvorschlag der SPD für eine Beiratsstellungnahme zu dem vorliegenden V+E-Plan-Entwurf:

5 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen, der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Beirat Woltmershausen gibt somit keine Stellungnahme als TÖB zu dem vorgelegten V+E-Plan-Entwurf ab.

Der Sprecher der CDU-Beiratsfraktion gibt für seine und die FDP-Fraktion eine Erklärung zu Protokoll (→ Anlage 3).

Top 4 – Bürgerantrag gegen das Projekt „Außerhalb“

Die Beiratssprecherin erläutert, dass aktuell kein Antrag von den Initiator_innen, die im vergangenen Jahr das Projekt „Außerhalb“ auf der Pusdorfer Meile durchgeführt haben, für Woltmershausen vorliegt und nach ihrem Kenntnisstand auch nicht zu erwarten ist.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass den Antragsteller_innen eine rechtzeitige Befassung ihres Antrages VOR einer Stellungnahme zu einem eventuellen neuen Antrag von „Außerhalb“ zusichert worden war.

Die Antragsteller_innen erläutern kurz ihren Antrag (→ Anlage 4) und ihr Anliegen und berichten insbesondere über erhebliche Lärmbelästigungen, die oft nachts von den Musikveranstaltungen ausgegangen seien.

Beschluss:

Der Beirat stimmt dem Bürgerantrag gegen das Projekt „Außerhalb“ zu.

(einstimmig bei einer Enthaltung)

Top 5 – Globalmittelanträge

- a) **Turn- und Sportverein Woltmershausen von 1890 e.V., Anschaffung von 2 Fitnessstrampolinen für das Trampoltraining für Ältere (01/2017), Antragssumme: 500,00 €**

Beschluss:

Der Beirat bewilligt Globalmittel in Höhe von 500,00 €. (einstimmig)

- b) **Schulverein Oberschule Roter Sand e.V., Anschaffung von 3 portablen Disc Golf Körben und 30 Disc Golf Scheiben (02/2017), Antragssumme: 640,00 €**

Beschluss:

Der Beirat bewilligt Globalmittel in Höhe von 640,00 €. (einstimmig)

- c) **Initiativantrag des Beirates Woltmershausen, Standgebühr für die Gewerbeschau „Mein Pusdorf“ am 07.05.2017 (03/2017)**

Beschluss:

Der Beirat stellt für die Standgebühren auf der Gewerbeschau „Mein Pusdorf“ 150,00 € aus seinen Globalmitteln bereit. (einstimmig)

Die nachfolgenden Top 6 – 9 werden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vertagt. (einstimmig)

Edith Wangenheim
Beiratssprecherin

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Christoph Eggers
Protokollführung

Aus verschiedenen Gründen haben wir eine ablehnende Haltung gegenüber dem Neubau einer Kita an der Woltmershauser Str. 450-454.

Folgende Gründe werden hier aufgezählt:

Der Betreuungsschlüssel passt hier nicht mit den angegebenen Mitarbeitern der Kita überein und wir gehen bei 80 Kindern von mindestens 20 Betreuer, 3-4 Küchenangestellte und einer Leitung aus.

3 Parkplätze für das gesamte Personal der Einrichtung ist viel zu niedrig angesetzt.

Es fehlt hier an dieser Stelle ein offizielles Verkehrsgutachten, gerade da vor der Kita eine Busausweichstelle ist um den entgegenkommenden Linienbus die Durchfahrt zu ermöglichen.

Die Parkplatzsituation ist hier schon für die bestehende Kita sehr unangenehm, Elternteile müssen bei Netto oder Lidl parken um ihre Kinder zur Einrichtung zu bringen.

An der der Kita in Rablinghausen kommt es oft zu Verkehrsproblemen und Eltern parken einfach in der Ampelüberquerung, Eltern müssen nun mal etwas Zeit einplanen um ihr Kind/er in die Einrichtung begleiten zu können.

Mit der neuen Kita an der Woltmershauser Str wird es zu einer außerordentlich und starken Veränderung des Wohnumfelds und der Lebensqualität für die direkten Anwohner kommen.

Bürger aus Woltmershausen und Rablinghausen, besonders auch Fahrradfahrer, müssen an dieser Stelle mit einer enormen Beeinträchtigung rechnen und es besteht eine erhöhte Unfallgefahr.

Der Kinderlärm von dem im Hof liegenden Spielplatz mit 80-100 Kindern, zählt nicht als üblicher und normaler Kinderlärm, die umliegende Bebauung des Spielplatzes wird den Lärm noch verstärken.

Die Kita Sterntaler, genau gegenüber des geplanten Neubauvorhabens, die Kita in Rablinghausen und die Kita Roter Sand, werden anbauen und neue Plätze zur Verfügung stellen. Dieses Platzangebot geht über den bestehenden Bedarf hinaus und sichert somit für die Zukunft genügend Kitaplätze in Woltmershausen und Rablinghausen.

Gerade wenn sich der Bedarf an Plätzen wieder reduziert, werden einige Kitas offene Plätze haben und dann kann davon ausgegangen werden, dass eventuell eine kleinere Kita in die „Roten Zahlen“ rutscht und ihren Betrieb schließen muss.

Das Schreiben der Bürger, dass in der Sitzung zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung vorgelesen und als Anhang zu Protokoll gegeben wurde, können wir zusätzlich in jedem Punkt unterstützen.

Eine Anzahl von fast 100 Unterschriften von Anwohnern muss hier berücksichtigt werden.

Der Beirat Woltmershausen soll die Stimme der Bürger in Woltmershausen und Rablinghausen sein und sich nicht gegen die Anwohner und Mitbürger richten.

Bei diesem Bauvorhaben diktatorisch die Pläne eines Investors zum Vorteil der Bremer Regierung durchzusetzen, dass dann auch noch auf eine extreme Art und Weise, halten wir für falsch.

Der Beirat sollte sich für ein friedliches Miteinander der Bürger einsetzen.

Waldemar Seidler

Sprecher der CDU Beiratsfraktion Woltmershausen

Antrag der SPD zu TOP 3

Stellungnahme des Beirats Woltmershausen zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 127 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Woltmershauser Straße 450 – 454, Blockinnenbereich zwischen Goosekamp, Auf dem Bohnenkamp, Huchtinger Straße und Woltmershauser Straße in Bremen-Woltmershausen

Der Beirat Woltmershausen befürwortet die mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 127 geplante Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Woltmershauser Straße 450-484 in Woltmershausen im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch, unter der Maßgabe, dass den von den Anliegern im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Bedenken hinsichtlich möglicher Schäden ihrer auf empfindlichen Streifenfundamenten errichteten Wohngebäude und der mögliche Verschattung ihrer Grundstücke Rechnung getragen wird.

Der Beirat Woltmershausen fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, auf Höhe der Kita „Pustebume“ an der Woltmershauser Straße eine 30 km/h-Zone einzurichten.

Frühkindliche Bildung liegt in unser aller gesamtgesellschaftlichen Interesse. Das Land Bremen und seine Stadtteile benötigen für die gegenwärtig und zukünftig zu erwartenden Mehrbedarfe an Kinderbetreuungsplätzen dringend und zeitnah ausreichend räumliche und personelle Kapazitäten. Laut der vom Senat am 22.11.2016 beschlossenen „Aktualisierten Kita-Ausbauplanung bis 2019/20“ hat die Auswertung der im August 2016 vom Statistischen Landesamt (StaLa) vorgelegten aktualisierten Bevölkerungsprognose 2016-2020 für Bremen einen massiven Anstieg der Kinderzahlen in den Jahren bis 2019 im Vergleich zu den vorhergehenden Angaben gezeigt. Danach sind 2016 die Kinderzahlen für die Altersspanne von 0 bis 6 Jahren bereits um 1.712 Kinder und in 2017 um 2.288 Kinder höher als im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/2017 angenommen. Insbesondere die durch Flucht bedingte Zuwanderung sowie der deutliche Anstieg der Geburtenzahlen in 2015 und der durch Familiennachzug bedingten höheren Zahl von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren sei bei der bisherigen Kita-Ausbauplanung nicht vorherzusehen gewesen. Laut Einschätzung der Senatorin für Kinder und Bildung werden allein zum schrittweisen Erreichen der beschlossenen Versorgungsquoten an Kinderbetreuungsplätzen von 50 % (U3) und 98 % (Ü3) bzw. zur Gewährleistung des Rechtsanspruchs der Eltern in allen Stadtteilen eine erhebliche Ausweitung des bisherigen Kita Ausbaukonzeptes bis 2019/20 erforderlich sein und zusätzlich zu den bisher geplanten 32 Einrichtungen bis zu 23 weitere Einrichtungen benötigt.

Auch für Woltmershausen, das stetig um viele Familien mit Kindern wächst, ist davon auszugehen, dass die derzeit geltende Versorgungsquote von 50% im U-3-Bereich vor dem Hintergrund der tatsächlichen gesetzlichen Einforderung der Eltern in den nächsten Jahren auf 70 bis 80 % steigen wird. Trotz der geplanten Gruppenerweiterung bei der Kindertagesstätte „Sterntaler“ und dem geplanten Neubau der Kindertagesstätte Charlotte Niehaus in Rablinghausen wird das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen bei der sich derzeit abzeichnenden aufholenden Entwicklung und die diesbezüglich zu erwartenden Mehrbedarfe nicht ausreichen. Woltmershausen muss sich deshalb u.a. mit dem schnell zu realisierenden Neubau von Kindertagesstätten, wie hier der Kita „Pusteblume“, auf diese Entwicklung vorbereiten.

Bei der Umsetzung des Bebauungsplanes zur Errichtung der Kita „Pusteblume“ ist den berechtigten Bedenken der Anlieger bezüglich einer möglichen Verschattung ihrer Grundstücke und der befürchteten Beschädigung ihrer auf empfindlichen Streifenfundamenten stehenden Wohnhäuser Rechnung zu tragen. Mit der Einrichtung einer 30-km/h-Zone bis zur Inbetriebnahme der Kindertagesstätte „Pusteblume“ an der Woltmershauser Straße ist der Schutz der die Einrichtung besuchenden Kinder im Straßenverkehr zu gewährleisten.

Befürchtungen der Anwohner in Bezug auf die unangemessene Erhöhung des Kita-Gebäudes im Zuge von späterem Aufbau von Solaranlagen auf dem Dach soll Rechnung getragen werden.

Der Beirat spricht sich dafür aus, dass die Baubehörde für diesen Fall die zu erteilende Sondergenehmigung nicht über maximal 30 cm ausstellen soll.

Bremen, den 26. April 2017

SPD-Beiratsfraktion Woltmershausen

Anlage 3 zum Beiratsprotokoll 26.04.2017

Erklärung zum Abstimmungsverhalten der CDU-Beiratsfraktion und FDP Woltmershausen für das Protokoll.

Gegen den Antrag der SPD Fraktion Woltmershausen wurde gestimmt da hier die Aussagen der Architektin des Investors und des Herrn Schilling, an einigen Stellen sehr schwammig waren und das Problem, über die Diskussion der veralteten Flurkarte, so wie die fehlende Akzeptanz gegenüber den Bürgern, die noch vor der Abstimmung ihre Bauzeichnungen und Rechnungen vom Katasteramt vorgelegt haben und hier auf die fehlenden Eintragungen durch die Behörde hingewiesen haben, keinerlei Beachtung gefunden hat.

Die Enge der Bebauung, fehlende Fluchtwege und eine fehlende Feuerwehrezufahrt so wie die Aussage, dass Amt für Straßen und Verkehr, hätte eine Genehmigung für 2 Kurzzeitparkplätze an der Hauptstraße zugesagt, ohne ein Verkehrsgutachten zu erstellen, lässt uns doch davon ausgehen, dass hier nur für den Investor und zum Nachteil der Anwohner, der Kinder und der Bürger aus Woltmershausen, geplant werden soll.

Hinsichtlich der Verdunklung bei einigen Häusern, durch die nahe und hohe Bauweise der Kita, ist von einer eingeschränkten Lebensqualität, der Anwohner auszugehen.

Aktuell sind bei der gegenüberliegenden Kita Sterntaler Plätze frei und es ist hier davon auszugehen, dass hier auf Kosten der Anwohner und deren Lebensqualität, unbedingt ein Bauvorhaben durchgedrückt werden soll. Dieses nützt am Ende nicht den Kindern(zu eng) und auch nicht den betroffenen Anwohnern. Der Goosekamp ist eine der ältesten Straßen von Woltmershausen. Viele Häuser sind nach dem 2. Weltkrieg mit eigenen Kräften wieder aufgebaut worden und wurden, nach damaligen Kenntnissen, nicht so stabilisiert wie heutige, moderne Bauten. Erhebliche Schäden durch das moderne Bauverfahren und die Erschütterungen im Erdbereich, werden hier sicherlich starke Schäden hinterlassen.

Viele der Anwohner freuen sich auf das Jahr 2024, hier wird dann eine 120 Jahresfeier stattfinden wenn die Anwohner hier nicht vertrieben werden.

Die Häuser haben keine Vorgärten und der Fußweg verläuft genau an der Hausgrenze entlang.

Bürgerantrag

Wir (die Unterzeichnenden) als Anwohner und Anrainer der sog. „Pusdorfer Meile“ (Grünflächenabschnitt zwischen der Senator-Apelt-Straße und der Autobahn A281) **fordern vom Beirat Woltmershausen**, dass dieser sich für Folgendes einsetzt:

→ **Keine Genehmigung** von Veranstaltungen wie das „Kulturfestival“ „Außerhalb“ und ähnlichen Freiluftpartys auf dem Gelände der „Pusdorfer Meile“ und anderen Flächen - wie diese bereits im Beschluss des Beirates Woltmershausen gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 4 Freiluftpartygesetz vom 02.05.2016 für Freiluftpartys ausgenommen wurden - für 2017 und zukünftige Jahre

→ **Grund:**

- Im Sommer 2016 kam es durch die fast 3 Monate (!!!) dauernde Veranstaltung zu massiven Lärmbelästigungen, die für uns Anwohner und Anrainer nicht tragbar waren.
- Zudem sind Freiluftpartys aufgrund des o. g. Beschlusses auf diesem Gelände verboten!

Wir bitten um fristgerechte Behandlung dieses Antrages bis zum 27.03.2017.

Anlage: Unterschriftenliste der Anwohner/Anrainer